



AfD-Fraktion im Stadtrat Sangerhausen

Rathaus Sangerhausen
Ratsbüro PF 101324
06526 Sangerhausen Markt 1

Fraktionsvorsitzender Andreas Gehlmann
eMail: andreas.gehlmann@gmx.net, Tel. 0175 5468 323

Stadt Sangerhausen
Markt 7a
06526 Sangerhausen
Oberbürgermeister

Sangerhausen, den 08.08.2019

Antrag zur Aufnahme des Tagesordnungspunktes

„Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beauftragt den Oberbürgermeister darauf hinzuwirken, dass die Mitarbeiter der Rosenstadt GmbH gerecht bezahlt werden und eine Unternehmenssanierung nicht auf den Schultern der Belegschaft ausgetragen werden darf.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragt die AfD-Fraktion im Stadtrat Sangerhausen die Aufnahme des Tagesordnungspunktes - wie oben beschrieben - auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung zu setzen.

Der gesamte Wortlaut des AfD-Antrages lautet wie folgt:

„Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beauftragt den Oberbürgermeister darauf hinzuwirken, dass die Mitarbeiter der Rosenstadt GmbH gerecht bezahlt werden und eine Unternehmenssanierung nicht auf den Schultern der Belegschaft ausgetragen werden darf.

- (1) Das Sanierungskonzept der Rosenstadt GmbH gehört auf den Tisch des Stadtrates und ist von denselben zu beschließen.
- (2) Der Oberbürgermeister ist angehalten, auf die Rücknahme des Lohnverzichtes und des Weihnachtsgeldes in der Rosenstadt Sangerhausen GmbH hinzuwirken. Bereits einbehaltene Lohnbestandteile sind rückwirkend an die Mitarbeiter mit der üblichen Verzinsung zurückzuzahlen.
- (3) Der Oberbürgermeister prüft, ob in weiteren stadt eigenen Unternehmen Maßnahmen zum freiwilligen Lohnverzicht bereits durchgeführt worden sind bzw. geplant werden.
- (4) Der Oberbürgermeister nimmt darauf Einfluss, dass keine direkten oder indirekten Aufforderungen zum Verzicht auf Lohnbestandteile entstehen können. Des Weiteren wirkt er auf einen ausreichenden Schutz der Mitarbeiter vor Selbstaussbeutung hin.“



AfD-Fraktion im Stadtrat Sangerhausen

Rathaus Sangerhausen
Ratsbüro PF 101324
06526 Sangerhausen Markt 1

Fraktionsvorsitzender Andreas Gehlmann
eMail: andreas.gehlmann@gmx.net, Tel. 0175 5468 323

Begründung:

In der Mitteldeutschen Zeitung vom 22.07.2019 zieht der neueingesetzte Geschäftsführer der Rosenstadt GmbH Matthias Grünberg eine erste Bilanz über die Entwicklung des Rosariums und zeigt seine Sichtweise auf, wie die finanzielle Schieflage zu bewältigen ist.

Er verweist auf ein Maßnahmenbündel und wird von der Mitteldeutschen Zeitung wie folgt zitiert, „so haben zum Beispiel die Mitarbeiter auf Teile ihres Gehaltes und auch auf das Weihnachtsgeld verzichtet. Wir waren gezwungen, Kosten einzusparen. Das wird sich auch in den nächsten zwei, drei Jahren fortsetzen.“

Ist das der Sanierungsplan des Geschäftsführers? Die Mitarbeiter eines stadteigenen Unternehmens sollen freiwillig auf Teile ihres Gehaltes und auf das Weihnachtsgeld verzichten. Und das für die nächsten 2-3 Jahre.

Sozial gesehen ist das die unterste Niveaustufe, Mitarbeiter zu motivieren „freiwillig“ auf Teile des Gehalts und des Weihnachtsgeldes zu verzichten. Das passt in kein christliches, sozial-liberales, sozialdemokratisches oder linkes Wertegerüst des 21. Jahrhundert hinein.

Die Stadt Sangerhausen ist Eigentümerin des Europa-Rosariums Sangerhausen und betreibt dieses als Regiebetrieb in eigener Verantwortung. Als 100% Tochter der Stadt Sangerhausen ist sie dem Oberbürgermeister direkt unterstellt. Deshalb wird auch der Oberbürgermeister beauftragt, das durch den neuen Geschäftsführer der Rosenstadt Sangerhausen GmbH herbeigeführte soziale Ungleichgewicht zu korrigieren.

Die AfD lehnt als Bürgerpartei diese Ausbeutungsmethode ab. Vor unseren Augen erleben wir, dass der Satz aus dem 20. Jahrhundert auch im 21. Jahrhundert noch Gültigkeit hat: Ausbeutung ist die unentgeltliche Aneignung von Arbeit.

Der Stadtrat Sangerhausen soll sich per Abstimmung dazu positionieren, das Entwicklungskonzept der Rosenstadt GmbH gehört auf den Tisch des Stadtrates. Der Oberbürgermeister ist angehalten, auf die Rücknahme des Lohnverzichtes und des Weihnachtsgeldes hinzuwirken. In stadteigenen Unternehmen muss kein Mitarbeiter auf Teile seines Lohnes und auf das Weihnachtsgeld verzichten, nur um das Unternehmen zu konsolidieren. Auch soll der Oberbürgermeister einen ausreichenden Schutz der Mitarbeiter vor Selbstausbeutung garantieren.

Andreas Gehlmann
Fraktionsvorsitzender